



Verlag u. Geschäftsstelle: Halle (Saale), Sackg. 42-44, Fernruf 1047.

Schriftleitung: Halle (Saale), Sackg. 42-44, Fernruf 1045.

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 4,50 M., vierteljährl. 13,50 M., durch die Post bezogen monatl. 4,50 M., ohne Zustellungsgebühr.

Erscheint jeden Freitag nachmittags. Anzeigen bis morgen 9 Uhr erbeten, größere tags vorher.

Anzeigenpreis: 60 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 250 Pf. für Reklame, anschließend an den dreispaltigen Zeitenteil.

Es ist vollbracht!

Die Regierung Fehrenbach vollständig.

Nach drei Wochen hat man sich um das Zustandekommen einer einigermaßen arbeitsfähigen Regierung fruchtlos abgemüht.

Die fertige Ministerliste

- Berlin, 25. Juni. (WZ). Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichspräsidenten Fehrenbach folgende Herren ernannt: Dr. Heinze, Reichsjustizminister, betraut mit der Vertretung des Reichspräsidenten, Simon, Reichsminister des Innern, Koch, Reichsminister des Innern, Wirth, Reichsfinanzminister, Hermes, Reichserziehungsminister, Giesberts, Reichspostminister, Gröner, Reichsverkehrsminister, Gehler, Reichswehrminister, Schulz, Reichswirtschaftsminister, Raumer, Reichslandwirtschaftsminister.

Die Besetzung des Wiederaufbauministeriums ist noch unbestimmt. Verhandlungen über die Besetzung des Reichs- und Arbeitsministeriums werden in Kürze abgeschlossen sein.

Das Kabinett wird morgen zu seiner ersten Sitzung zusammenzutreten und sich entsprechend den Beschlüssen des Senatsentscheidungsamtes am Montag dem Reichstag vorstellen.

Es ist also bei dem bürgerlichen Wählerblock der 'Mitte' geblieben. Eine andere Lösung war unter den obwaltenden Umständen wohl auch jetzt nicht möglich, nachdem die Reichssozialisten entschieden auf ihrem Beschlusse beharrten. Vorläufig nicht wieder in eine bürgerliche Koalitionsregierung einzutreten. Das wochenlange Schachern und Heischen der bürgerlichen Mittelparteien um die Regierungsbildung war im Grunde mehr als ein bloßer Dandel um die Verteilung der Regierungsgesetze; es war ein Ringen der verschiedenen kapitalistischen Richtungen, um den größtmöglichen Nachteil an der neuen Regierung des Großkapitalismus, der in der Deutschen Volkspartei seinen politischen Ausdruck findet, rang mit dem Kleinbürgerum des Zentrums und der Demokraten um die Vormachtstellung. Der Deutschen Volkspartei ging es vor allem darum, der neuen Regierung einen möglichst rein kapitalistischen Charakter aufzuprägen und eine Diktatur des Industriekapitals zu errichten, während Zentrum und Demokraten mehr die 'mittlere Linie' einzuhalten beabsichtigten. Um die neue Koalition nicht doch noch zum Scheitern zu bringen, mußte man sich schließlich auf einen Kompromiß einigen. Bei dem sich jedoch die Deutsche Volkspartei immerhin noch erhebliche Vorteile und maßgebenden Einfluß zu sichern verstand. So hat die Besetzung des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsfinanzministeriums — zwei einflussreiche Ministerien — zuletzt doch erreicht. Dabei hat sich zugleich auch gezeigt, daß die Forderung nach 'würdigen' Admistratoren nicht als ein demagogischer Schrei vor sich hin zu verwerfen ist, denn die beiden von ihr in die Regierung gefassten Minister sollen den Beweis für ihre Tüchtigkeit nach ihrer Richtung hin erst noch erbringen.

So ist der bisherige Oberbürgermeister von Charlottenburg, Schulz, als Reichswirtschaftsminister, nicht weniger als ein Kenner der Wirtschaft. Er ist ein guter, erfahrener Verwaltungsbeamter und seinem Studium nach Jurist, hat aber nirgendwährend eine besondere Bezeichnung auf wirtschaftspolitischen Gebiete bewiesen.

Noch eigenartiger ist der Fall des Herrn von Raumer, ehemaliger Landrat und ebenfalls Jurist. Im Jahre 1911 trat er zur Industrie über und wurde Direktor des Verbandes der Privat-Elektrizitätswerke. In dieser Stellung hat er auf das entscheidende gegen die Sozialisierung des Elektrizitätsgewerbes Front gemacht. Dieser Mann soll jetzt die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft durchführen. Während des Krieges wurde er als Referent in das frühere Reichsamt für Eisen und Stahl in seiner Zeit für gegen jede staatliche Reduktion auf dem Gebiete der Elektrizitätswirtschaft gestellt. Ferner bereitete er zwar wie das Berliner Tageblatt mitteilt, die Übernahme der Wendel-Werke in Glas-Bohrungen durch eine reinlich-wirtschaftliche Industrie-gruppe gründete dann aber schnell selber ein Syndikat, an dem vor allem die Maschinenfabrik Augsburg-Münchener und das Allgemeine Elektrizitätswerk beteiligt sind, um die Wendel-Werke diesem Konzern anzuhängen. Der damalige Reichsminister Graf Hofmann war über dieses Vorgehen des Herrn von Raumer so entrüstet, daß er dessen Rücktritt vom Amt veranlaßte. Ebenso steht es in der Glas-Industrie. Während das Reich an den sogenannten Kali-Elektrolyt-Werken beteiligt ist, ist Herr von Raumer mit der Konkurrenz, mit den Bahnsigen Elektrolyt-Werken, liiert. Das Berliner Tageblatt sagt: 'Es wird deshalb wohl nicht mit Unrecht gesagt, daß Herr v. Raumer in einem großen Abhängigkeitsverhältnis auch zu Herrn Sinesse steht, der an der Elektrizitätsindustrie nicht wenig beteiligt ist.'

Daß diese beiden gefügigen Werkzeuge von Sinesse ihre Ministerien nun etwa nach dem (angeblich) vorkapitalistischen Grundgesetz beizubehalten werden: Das Vaterland über die

Partei', kann nur ein politischer Narr glauben; sie werden ganz einfach die Gefährten des Herrn Sinesse, d. h. die des großindustriellen Kapitalismus befragen. Die Arbeiterklasse wird sich also darauf gefaßt machen müssen, daß der neue Regierungskurs scharf kapitalistisch gesteuert werden wird. Freilich, die kapitalistischen Kreise dieser Regierung dürften kaum in den Himmel schreien. Denn der Krieg und der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands hat dem Kapitalismus die Lotenglocke gelautet; der Wiederaufbau Deutschlands ist unter dem kapitalistischen Wirtschaftssystem eine glatte Unmöglichkeit, und auch die neue Regierung wird hier gar bald am Ende ihres Vortriebs sein. Die ganzen unbalancierten wirtschaftlichen Zustände Deutschlands drängen die Einwirkung mit Naturnotwendigkeit in die Hände der sozialistischen Arbeiterklasse. Und die deutsche Arbeiterklasse ist heute mehr denn je entschlossen, diese Einwirkung mit dem härtesten Nachdruck zu fördern. Sie wird daher auch die entschiedenste Kampfstellung auf dieser Regierung einnehmen, und die in abhängige Sozialdemokratische Partei wird hier die entschlossenste Frontlinie sein — im Reichstag und außerhalb des Reichstages! Gerade die charakteristischsten Reglementierungen dieser Regierungsbildung haben im revolutionären Proletariat die Ueberzeugung gestiftet, daß der bürgerliche Parlamentarismus aufgehört hat lebensfähig zu sein, daß er in den letzten Zügen liegt. Das revolutionäre Proletariat wird es sein, das ihm im gleichbedeutenden Vortriebsdrängen zum Sozialismus den Todesstoß versetzen wird. Einmalen ist ihm noch eine Gnadenfrist gewährt, aber schon steht sein Ende wartend am Tor: der revolutionäre Arbeiterkampf!

Vorstellung der Regierung im Reichstage.

Berlin, 25. Juni. (WZ). Nach Mitteilungen eines Regierungskretters im Reichstag des Reichstages beabsichtigt der Reichskanzler am kommenden Montag um 11 Uhr das neue Kabinett vorzustellen und eine programmatische Erklärung abzugeben. Am Nachmittag des Dienstag wird dann in einer erneut abendunteren Sitzung Gelegenheit zur Ausprache und Stellungnahme zur Regierungserklärung gegeben, die wegen des katholischen Feiertages am Dienstag erst am Mittwoch weitergeführt werden wird. Da nun endgültig feststeht, daß am 5. Juli die Verhandlungen in Spa beginnen, sollen die Verhandlungen des Reichstages bis dahin abgeschlossen werden.

Die Parteien zur Regierungsbildung.

Berlin, 26. Juni. (Eigene Drahtmeldung). Die bürgerlichen Parteien und die Reichssozialisten möchten vermeiden, daß der Reichstag zu dem neuen Regierungsprogramm durch ein ausbrüchliches Vertrauensvotum Stellung nimmt und wollen es deshalb umgehen. Es wird über eine geeignete Fassung der Parteierklärung beraten, in denen das Vertrauen gleich mit zum Ausdruck kommen soll.

Berlin, 26. Juni. Zur Prüfung der Kabinettliste heißt es in der D. WZ. Die 'Einigkeit' der Reichssozialisten wird jetzt durch Rührer führen, sie wird es nun können durch eine gefasste und sachliche Politik, die sich von jeder Parteineigung fernhält. Sie hat dazu den festen Willen, und sie rechnet auf die selbstlose Mitarbeit aller Parteien, deren Wille es ist, Staat und Volk wieder dem Weg nach aufwärts zu führen.

Die rechtsbestehen Wähler sollen die Lage im ganzen sehr ernst auf den 5. Juni sehen, heißt es in der D. WZ. Die Regierung und Volk auf dem Boden ihres Rechts und der nationalen Lebensnotwendigkeiten stehen und um so kühler und mutiger den Ringen um Angelegenheiten.

Die 'Sozialdemokratie', die der Regierung eine gewisse Schonzeit zu bewilligen genötigt ist, wird, wie es im Wortlaut heißt, wahrscheinlich doch mit ihr, namentlich mit ihrem rechten Flügel, im Kampfe stehen.

Auflösung des Preußenparlamentes.

Antrag der USP.

Berlin, 25. Juni. Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in der Preussischen Landesversammlung hat folgenden Antrag eingebracht: Die Verfassungskommission Preussische Landesversammlung solle beschließen: 1. sich für aufgelöst zu erklären und 2. die Staatsregierung zu ersuchen, sofort Neuwahlen anzuschreiben.

Frieden mit Sowjet-Rußland!

Auf Antrag des Genossen Walter Süsser beschloß die Reichstagsfraktion der USPD, im Reichstag folgenden Initiativ-Antrag einzubringen:

Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, die wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland unverzüglich anzunehmen und sofort in Friedensverhandlungen mit Sowjet-Rußland einzutreten. Den Antrag werden die Genossen Grilpitz und Süsser be-gründen.

Die griechisch-italienischen Kämpfe. London, 26. Juni. (WZ). Die griechische Delegation in London bringt aus Smyrna die offizielle Nachricht, daß die griechischen Truppen in Philakopia (?) eine türkische Armee eingeschlossen hätten, wobei sie 8000 Gefangene machten und viele Gefangene erbeuteten.

Preussische Gerichte. Die Wiener Morgenpost meldet, daß der frühere französische Hauptmann Alfred Dreibus, bekannt aus seinem Verbrechen, gestorben.

Zur Reichsschulkonferenz.

Von Dr. Kurt Kersch-Löwenstein.

Der Ruf nach Radmannen ist heute Schicksalsruf der reaktionären Bourgeoisie geworden. Es ist richtig, daß man zum Schutze machen nicht einen Schneider nehmen wird; aber ob auch das Schutzmachen nach dem Bedarf der Gemeinschaft oder nach dem Profitsüchtigen einzelner eingetriget wird, richtet sich nicht nach dem Radmann, sondern nach den Diktatoren, entweder der Gemeinwirtschaft oder des Einzelbesitzes. Wenn heute die Reaktion nach Radmannen verlangt, so tut sie es nur deswegen, weil sie weiß, daß diese Reaktionäre Fleisch von ihrem Fleisch und Blut von ihrem Blute sind, daß sie in kapitalistischen Denkreife groß geworden, in kapitalistischen Gedanken gebunden sind. Die Reichsschulkonferenz, die auch eine solche Vereinigung von Radmannen sein sollte, muß daher auch nur eine Vereinigung von Radmannen und ihre männlichen Urteil nur eine Versicherung für die Konzentration der Schulkonferenz. Aber heutzutage sagt man das nicht offen. Besonders nicht die Demokraten der Mitte, vom Zentrum bis zu den Reichssozialisten, deren Regierung die Reichsschulkonferenz einberufen hat. Man wartet gern den Schein um die ideologischen Mitteläufen willen, die nicht wirtschaftlich und politisch denken können und die das Messinggefälle, das Wahrscheinlich dieser Parteien darstellen. Man verfuhr also demokratisch. Man lud für die Zeit vom 11. bis 19. Juni Vertreter aller pädagogischen Richtungen zu einer Reichsschulkonferenz in den Reichstagsgebäude. Es waren über 600 Delegierte und der weitestläufige pädagogischen Richtungen, von den Kommunisten bis zu den Ergänzungslehrern: Clara Zetkin war geladen und Herr Zimm schied nicht in dieser Gesellschaft. Doch wenn man die Gesellschaft etwas mehrerte, so erwies sich, daß (Beisitzende, Direktoren, Oberlehrer, reaktionäre Direktoren, Geistliche und Ordensschwestern die große gebundene Masse darstellten, während die Sozialisten mit nicht nicht hundert Vertretern abgelehnt wurden. Heinrich Schulz, der ehemalige radikale Klassenkämpfer (schwarz in Worme, Er präsierte in der ersten Reichsschulkonferenz und sein Verdienst war es, daß auch auf kulturellem Gebiet nunmehr die Dreieinigkeit von Konfessionsradikalismus, Aristokratismus und Sozialismus zu jener heiligen Demokratie verschmolzen werden sollten, die nach rechtssozialistischem Rezept das beste Mittel zum Sozialismus bilden.

Natürlich war der Herr Staatssekretär aus Gründen der Demokratie beiseite. Diese fränkische Verlegenheitsprodukt der Konfessionsradikale nicht sagen viel sozialistische Reden. Zu all dem wichtigen trugen die Schriftsteller und mündlichen Referate mit einer Ausnahme von Reichssozialisten aufgaben und diese eine Ausnahme war der nationaldemokratische Sozialist Seidel aus Jülich, der Reformbestrebungen, die vor 30 Jahren einen Fortschritt bedeuteten, nachtrug. In der für das Proletariat so bedeutsamen Frage der Einheitschule dagegen kam kein Proletariat zu Wort; ein Stodtsenator und nationalsozialistischer Gymnasialprofessor, der ähnlich gefasste Direktor einer höheren Mädchenschule, ein Studienrat aus München, ein demokratischer Volksschullehrer und ein entscheidender Schulreformer aus den Kreisen der Oberlehrer, sie waren durch die Weisheit der Regierung dazu bestimmt, die Reife für die künftige Schule aufzustellen. Natürlich konnte man sich denken, daß man bei diesen Referaten das Kernprobleme der Einheitschule nicht einmal aufwarf, geschweige Reformbestrebungen machte. Das alte Gymnasium wurde mit Energie und vielmaliger Grundbedeutung wurde abgelehnt und zur Erhaltung des wissenschaftlichen Niveaus wiederum das neunstufige Gymnasium verlangt. Man beachte doch, daß bis zu welcher Unüberwindlichkeit der Ueberlieferung man sich verhielt, wenn es sich darum handelte, selbst den bescheidenen Fortschritt der Reichsverfassung zu bekämpfen. Ob ein Junge mit neun oder zehn Jahren Latein anfängt, das soll entscheiden für die Höhe der deutschen Wissenschaften, und das sagt man, obwohl man weiß, oder wenigstens wissen könnte, daß kaum ein Prozent der Schüler, die in die Schule eintraten, es bis zum wissenschaftlichen Studium bringt und ein hoher Prozentsatz unserer größten Gelehrten erst in weit späterem Alter in die höheren Schulen eingetreten sind. Auch die Demokraten brachten natürlich keine Lösung der Einheitschule, wie sie von proletarischem Standpunkt aus verfaßt werden muß. Die vier- oder sechsjährige Grundschule mit danach folgender Mittel- und höherer Schule bleibt im Grunde genommen nur ein halbes Stufenstück zum ehemaligen preussischen Dreiklassenverhältnis.

Die Diskussion hatte man wohlweislich für beschränkt mit zehn Minuten Redezeit nach einem jeden Referat gewählt. Die ersten Sozialisten, die zu Wort kamen, benutzten die kurze Zeit zum Entschiedenheit und Deutlichkeit den proletarischesozialistischen Standpunkt zu vertreten. Unter ganzem Schmelzen ist Klassen- und Standesgeschwehen, politisches Instrument im Interesse der herrschenden Klassen. Die höhere Schule, ehemals eines Gelehrten-schule, ist heute die bedrohte Vorbereitungsanstalt für alle Berufe, die, weil sie Kraft, Ehre und hohes Einkommen verschaffen, die herrschenden Klassen für ihren Nachwuchs sichern wollen. Die Volksschulen sind Gestaltungsdrillanstalten, um willenlose Objekte kapitalistischer Ausbeutung zu schaffen. Man kommt in der letzten Schulstufe herbe, die nicht mehr nur im Wirtschaftsleben sondern auch im Kulturleben haben, nicht mehr mit einer labormechanischen Leistungs-unterstützung; wir brauchen eine demokratische Bildung, eine demokratische Erziehung und Erziehungsschule. Nicht Schulreformer, sondern Schulrevolutionäre, die die Revolution im Volk, der Lernbetriebe der alten Schule, nicht die Ueberlieferung mit zum Teil un-

Die U.S.P. und die dritte Internationale.

Bericht des Zentralkomitees über die Ausführung des Leipziger Parteitagsbeschlusses.

Am alle jene Legenden über unsere angebliche Verschlüpfungslust in der Frage des internationalen Zusammenflusses, die teils aus Unkenntnis des wahren Sachverhaltes, teils aus Geizhalsigkeit oder Böswilligkeit in die Welt gesetzt werden, zu zerlegen, haben wir uns entschlossen, der Öffentlichkeit einen Bericht über unsere ausgeübten Bemühungen zur Durchführung des Leipziger Parteitagsbeschlusses zu unterbreiten. Dieser Bericht erscheint zu einer Zeit, wo unsere Kommission vor ihrer Abreise nach Moskau sich mit den Vertretern der 3. Internationale wegen des Zusammenflusses der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit der 3. Internationale zu verhandeln. Und wir dürfen annehmen, daß die Verhandlungen ein gutes Ergebnis für eine aktionsfähige proletarische revolutionäre Internationale haben werden.

Der Leipziger Parteitag beauftragte das Zentralkomitee auf Grund des Aktionsprogramms unserer Partei mit allen sozialrevolutionären Parteien der anderen Länder und mit der 3. Internationale sofort in Verhandlungen zu treten, um durch Zusammenfluß unserer Partei mit der 3. Internationale und den sozialrevolutionären Parteien der anderen Länder eine aktionsfähige proletarische Internationale zu ermöglichen. Wie energisch und wie fortgesetzt das Zentralkomitee an der Durchführung dieses Beschlusses gearbeitet hat, das geht aus diesem Bericht hervor.

Am 6. Dezember 1919 wurde der Parteitag in Leipzig geschlossen. Schon in Leipzig sprachen wir mit Genossen aus Norwegen und Schweden und kaum nach Berlin zurückgekehrt am 9. Dezember in Berlin mit linkssozialistischen Genossen aus Schweden, Norwegen, Dänemark, Rumänien und dem Jüdischen Arbeiterbund Nordlands über den internationalen Zusammenfluß. Dabei wurde besonders mit skandinavischen Genossen darüber beraten, in welcher Weise unsere Partei in ihren Bemühungen mit der 3. Internationale wegen des Zusammenflusses zu verhandeln, um skandinavischen Exekutivkomitee der 3. Internationale unterstützt werden könnte. Die skandinavischen Genossen wollten in ihren Ländern dafür einsetzen, daß vom skandinavischen Exekutivkomitee Vertreter unserer Partei mit den Genossen aus Moskau auf einer Konferenz zusammengeführt würden.

Am 10. Dezember hatten Vertreter des Zentralkomitees eine Besprechung mit dem Genossen Babel, der damals von seiner Rückkehr nach Russland kam. Babel sah in den Beschlüssen des Leipziger Parteitages eine günstige Grundlage für Verhandlungen wegen eines Zusammenflusses unserer Partei mit der 3. Internationale. Er wollte in Moskau solche Verhandlungen befürworten und fördern. Babel hielt jedoch das skandinavische Exekutivkomitee nicht für befähigt, eine Konferenz einzuberufen. Das wäre die Sache des Moskauer Exekutivkomitees der 3. Internationale. Dies würde den skandinavischen Genossen von Moskau aus auch gesagt werden, man würde aber keine Einzelfrage daraus machen und sich damit abgeben, wenn die Exekutivkomitee eine Konferenz einberufen sollten. Babel stellte unseren Genossen eine baldige Antwort auf unser Ersuchen um Einberufung einer Konferenz in Aussicht.

Am 10. Dezember faßte das Zentralkomitee unserer Partei folgenden Bescheid an 10 ausländische Parteien und Gruppen: „Zwei Beschlüsse unseres außerordentlichen Parteitages, der vom 30. November bis zum 6. Dezember 1919 in Leipzig tagte, sind von besonderer Bedeutung nicht nur für die revolutionäre Arbeiterbewegung in Deutschland, sondern auch für die Arbeiterbewegung in allen Ländern, wo das Proletariat um seine Befreiung ringt.“

Der Parteitag hat einstimmig ein neues Aktionsprogramm beschlossen, in dem für die Tätigkeit unserer Partei die Grundzüge des revolutionären marxistischen Sozialismus klar formuliert sind. Wir fügen einige Exzerpts unseres Aktionsprogramms bei. Es ist daraus ersichtlich, daß die Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands unerschütterlich an dem selbständigen proletarischen Klassenkampf festhält, daß sie die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse erstrebt und für die Diktatur des Proletariats auf der Grundlage des Rätesystems eintritt. Unsere Partei hat erneut bekräftigt, daß sie auf dem Boden des Rätesystems steht und daß sie schon vor der Eroberung der politischen Macht alle Bestrebungen der Räteorganisation unterstützt, sie als proletarische Kampforganisation für den Sozialismus auszubauen.

Der zweite bedeutsame Bescheid des Parteitages war die Annahme der ebenfalls beigestimmten Resolution zur Frage der 3. Internationale. Diese Resolution wurde mit 227 gegen 54 Stimmen angenommen. Damit hat unsere Partei sich endgültig der 3. Internationale losgesagt. Gleichzeitig hat der Parteitag das Zentralkomitee beauftragt, auf Grund des oben erwähnten Aktionsprogramms mit der 3. Internationale und mit den sozialrevolutionären Parteien der anderen Länder in Verhandlungen zu treten, um einen Zusammenfluß unserer Partei mit der 3. Internationale und den sozialrevolutionären Parteien der anderen Länder herbeizuführen und so mit der 3. Internationale eine aktionsfähige Internationale zu ermöglichen.

Am Sinne des uns gemachten Auftrages wenden wir uns hiermit an die 3. Internationale und an die sozialrevolutionären Parteien der anderen Länder mit dem Vorschlag, etwa im Februar 1920 wenn möglich in Deutschland oder in Osterreich eine vorbereitende Besprechung zu veranstalten, die sich mit der Frage der Internationale beschäftigen soll.

Wir gehen bei unserem Vorschlag von der Voraussetzung aus, daß die 3. Internationale und die sozialrevolutionären Parteien der anderen Länder mit uns dahin zu wirken entschlossen sind, daß sich das revolutionäre Proletariat aller Länder zu einer erschlossenen Front zusammenschließen, um der immer mehr ersichtlichen internationalen kapitalistischen Reaktion wirksam entgegenzutreten und den Sozialismus zum Siege zu führen.

Wir bitten unseren Vorschlag zur Kenntnis zu nehmen und uns über die Aufnahme des Vorschlages so rasch wie möglich Mitteilung zu machen.“

Das Schreiben wurde einmal auf indirektem Wege nach Moskau geschickt und außerdem dem Genossen Babel persönlich überreicht, damit er es in Moskau abliefern.

Wir gingen in unserem Schreiben unter Befolgung des Parteitagsbeschlusses von der Ansicht aus, daß sich zunächst Vertreter

aller sozialrevolutionären Parteien, die bereit wären, mit der 3. Internationale zu brechen und sich mit der 3. Internationale zusammenzuschließen, zu einer vorbereitenden Besprechung zusammenschließen sollten. Bei dieser Gelegenheit sollte auch eine Verständigung über die Einberufung einer internationalen Konferenz und über die Grundzüge der Zulassung der einzelnen Parteien und Gruppen erzielt werden. Zu diesen Zusammenkünften sollte von den Moskauer Genossen aufgefordert werden. Deutschland oder Österreich hätten wir aus Gründen der Kostenfrage (Wahl) für internationale Zusammenkünfte vorgeschlagen. Durch unser Schreiben wurde eine lebhafte Korrespondenz zwischen uns und vielen ausländischen Parteien angeregt. Dazu kamen zahlreiche persönliche Ausdrücke mit Sozialisten aus den verschiedenen Ländern.

Am 2. Januar 1920 hatten wir die Nachricht von der Korrespondenz Arbeiterpartei in unseren Händen, daß sie für eine Konferenz bereit wäre, die Arrangements dafür zu übernehmen, wenn die Konferenz in Skandinavien stattfinden würde. — Am 6. Januar erhielten wir einen Brief von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, in dem angefragt wurde, daß sie einen Vertreter nach Berlin zu einer Aussprache mit uns senden würde. Am selben Tage ging ein Telegramm des Wiener Berichtserhalters des Wiener Komitee der Sozialistischen Partei zu unserer Adresse in Wien ein, das die Bitte um eine Aussprache mit dem Independent Labour Party Englands über die Befähigung über den Empfang unseres Briefes ein und die Meldung, daß die englischen Genossen sich mit unserem Vorschlag beschäftigen werden. Am 3. Januar teilte uns die Sozialistische Partei Frankreichs mit, daß sie sich ihrem nächsten Parteitag ebenfalls zur Frage der Internationale Stellung nehmen werde. Für eine Konferenz, die von den französischen Genossen ein neutrales Land am geeigneteren. Weitere Berichte wurden erbeten. — Die Britische Sozialistische Partei leitete in einem Brief, den wir am 13. Januar erhielten, eine Beteiligung an einer Konferenz ab und empfahl sofortigen Anschluß an die 3. Internationale. Am 13. und 14. Januar hatten wir eine Aussprache mit einem Vertreter der Schweizerischen Sozialdemokratie in unserer Vertretung in Berlin. Es landete sich dabei um eine Aussprache über unsere Parteirevolution zur Frage der Internationale. — Die Schweizerischen Sozialisten kündigten uns am 15. Januar an, daß sie einen Vertreter nach Berlin schicken würden, der sich mit uns über die Frage der Internationale aussprechen wolle. Am 15. Januar traf ferner eine Einladung von den französischen Genossen zu einer Besprechung mit uns und Schweizerischen Genossen in Bern ein. — Die russischen linkssozialistischen Genossen teilten uns am 18. Januar mit, daß sie sich an einer Konferenz beteiligen würden. — Interessante Einblicke in die Verhältnisse der Arbeiterbewegung in Finnland gaben uns zwei Briefe. Den einen erhielten wir am 20. den anderen am 27. Januar. Der erste kam von finnischen linkssozialistischen und marxistischen Genossen über eine westliche linkssozialistische Bewegung in Finnland, die der Wunsch habe, auch in unserer Partei in Verbindung zu stehen. Die offizielle Partei lehnte die Aufforderung ab, daß es immer noch geringen konnte, die 3. Internationale zu einem guten Werkzeug für den internationalen Klassenkampf zu machen. Die englische Independent Labour Party teilte am 22. Januar mit, daß sich die Gesamtleitung ihrer Partei mit der Frage der Internationale beschäftigen werde. Auch sie wünschte eine Konferenz in einem neutralen Lande. Von 20. bis 23. Januar hatte ein Vertreter unserer Partei in Bern Besprechungen mit einem Vertreter der französischen Sozialdemokratie und der Schweizerischen Parteileitung. Diese Aussprache diente dazu, sich gegenseitig über die Stellung der verschiedenen Parteien zur Frage der Internationale und über die politischen Verhältnisse in den einzelnen Ländern näher zu unterrichten. Am 23. März, eine Konferenz der westeuropäischen sozialistischen Parteien, die sich von der 2. Internationale losgesagt haben oder losgehen werden, zu berufen, auf einer Vertreter Abstand zu nehmen. Es liegt im Interesse eines rascheren und glatteren Zusammenflusses mit der 3. Internationale, wenn Einberufungen von internationalen Konferenzen von den Moskauer Genossen ausgehen. Die Moskauer Genossen seien von uns darum ersucht worden und es müsse bald eine Antwort von ihnen da sein. Es erfolgt dann auch in Bern eine Verständigung darüber, die Antwort aus Moskau abzuwarten. Am 12. Februar besuchte uns Genosse Trevelyan von der englischen Independent Labour Party in unserem Bureau in Berlin. Der Genosse kam nicht im offiziellen Auftrag des Parteies, er bekam sich auf einer informellen Weise und berichtete, daß die englischen Genossen sich entschlossen zur Frage der Internationale nicht kritisiert hätten, daß sie unsere besondere Situation verständnisvoll und dementsprechend tätig sein wollten. Am 19. Februar ging ebenfalls ein Brief von der englischen Independent Labour Party bei uns ein, in dem die Veranstaltung einer internationalen Konferenz angeregt wurde. Dem Brief war die Absicht eines Schreibens an die Schweizer Partei beigelegt, das in demselben Sinne gehalten war. Am 24. Februar traf eine Einladung der 3. Internationale angeschlossen linkssozialistischen Partei Dänemarks zu ihrem Parteitag bei uns ein. Wir beauftragten einen unserer Genossen mit der Vertretung unserer Partei. Unser Delegierter konnte aber nicht die Einreiseerlaubnis nach Dänemark erhalten. Am 12. März triffen die Vertreter des Moskauer Exekutivkomitees der 3. Internationale zusammen in Paris, der russische Parteileitung, über die Frage der Internationale. Am 10. Mai wurden wir von der Korrespondenz Arbeiterpartei zu ihrem Kongress eingeladen. Auf diesem konnte die Einreiseerlaubnis nach Norwegen für unseren Vertreter nicht zeitig genug beschafft werden.

Aus dieser gebräugten Lieberheit, die keineswegs schon die ganze internationale Korrespondenz und alle internationalen Beziehungen umfaßt, ist ersichtlich, daß wir unablässig bemüht waren, die internationalen Beziehungen wieder inniger zu gestalten. Wir haben auf alle Briefe ausländischer Parteien regelmäßig umgeantwortet und sind außerdem bemüht gewesen, durch Versand und Abgabe von Broschüren, Rundschreiben und ähnlichem Material in den anderen Ländern Auffklärung über die Verhältnisse in Deutschland zu verbreiten. Unser Kreisbrief geht regelmäßig in eine Reihe ausländischer sozialistischer Zeitungen. Nur aus Moskau kam keine Antwort. Dadurch ergab sich ein gewisser Stillstand in der Förderung der internationalen Beziehungen. Wir rieten immer wieder davon ab, eine internationale Konferenz abzuhalten, die nicht von Moskau einberufen würde. Wir wollten die Verhandlungen mit der 3. Internationale nicht komplizieren und auch den Schein vermeiden, als bestände die Absicht, eine

Internationaler neben der 3. zu eröffnen. Im Januar regte Genosse Dittmann an, in Moskau anzufragen, warum wir uns nicht Schreiben noch keine Antwort bekommen hätten. Auf Vorschlag des Genossen Stoedter wurde davon Abstand genommen, weil das Eintreffen der Antwort aus besonderen Gründen verzögert sein konnte. (Fortsetzung folgt.)

Internationaler neben der 3. zu eröffnen. Im Januar regte Genosse Dittmann an, in Moskau anzufragen, warum wir uns nicht Schreiben noch keine Antwort bekommen hätten. Auf Vorschlag des Genossen Stoedter wurde davon Abstand genommen, weil das Eintreffen der Antwort aus besonderen Gründen verzögert sein konnte. (Fortsetzung folgt.)

Frankreich und Spanien schließen sich der 3. Internationale an.

Der Petit Parisien gibt einen Rundspruch aus Moskau wieder, wonach der Vollzugsausschuß der kommunistischen Internationale gegenüber mit den Vertretern der französischen sozialistischen Partei über die Bedingungen des Eintritts der französischen Exekutivkomitee in die kommunistische Internationale verhandelte. Die Vertreter der französischen Sozialisten C. G. I. und P. O. J. haben im Vollzugsausschuß beantragt, daß ihre Partei endgültig darauf verzichtet habe, eine unabhängige Internationale zu gründen, und daß sie sich der 3. Internationale anschließen wolle.

Madrid, 25. Juni. (Dabas). Der sozialistische Kongress vom 2000 gegen 7500 Stimmen einen Antrag des Deputierten Mios an, der besagt, daß die sozialistische Partei Spaniens in die 3. Internationale eintritt.

London, 2. Juni. (Dabas). Die Arbeiterkonferenz in Scarborough hat einen Antrag auf Austritt aus der 3. Internationale mit erdrückender Mehrheit abgelehnt.

Die Warburger Mordbuben.

Die Nationalisten segnen die Bluttat.

Das Urteil gegen die Warburger Studenten, die 15 unschuldige Arbeiter ermordeten haben und von dem Gericht über Amerikans freigesprochen wurden, hat in der bürgerlichen Presse, soweit sie sich noch ein flüchtiges Objektivität bewahrt hat, allgemeine Ablehnung gefunden. Die Stimmengabe hingegen und die Haltung der Nationalisten bei diesen Bluttat. Der immer noch existierende erste Schritt, das Blut der Arbeiter, ist sogar empört darüber, daß die Studenten überhaupt den Unannehmlichkeiten des Prozesses ausgesetzt werden konnten. Der Preispruch der vertierten öffentlichen Meinung genügt also dem frommen Organ noch nicht, vielleicht sollten sie nach vollzogener Mordtat im Triumphzug durch Deutschland geführt und in den Genuß einer staatlichen Rente gesetzt werden. Die Reichspresse beweist mit ihrem jubelnden Zustimmungserklärungen im ganzen nur, daß bei ihr jedes Gerechtigkeitsempfinden abgehornt ist. Sie stellt sich mit den Mördern solidarisch verbunden; das Recht ist für sie zu einer Menge der selbigen Mäulen geworden, und die Richter betrachtet sie als die Hüter dieser Mäulen. Eine überaus lehrreiche Verpfehlung eröffnet sich bei dieser Behandlung für die Nationalisten. Nämlich jene Schritte, die sich national nennen, können nur als national in Deutschland sein, was nach gemächlicher in Ungarn geschieht, weil in den Schatten gestellt werden. Und darum muß sich der Kampf der Arbeiterklasse nicht allein gegen das Scheinurteil richten, sondern es müssen in jeder Linie auch jene Schritte gekennzeichnet, ihre Machtpositionen erschüttert werden, die den gemeinen Mord an politischen Gegnern zum staatlichen Verbrechen erheben wollen.

Aus unseren bisherigen Veröffentlichungen ging schon zur Genüge hervor, daß in Warburg keine Prozeßhandlung, sondern eine nichtwürdige Komödie aufgeführt wurde. Allein das Verbalten gegen die Mörder wie folgende schwere Mängel auf:

1. Die Angeklagten befanden sich dauernd in Freiheit und verkehrten mit den Entlastungszeugen. Die Aussagen stimmten daher vollkommen überein.
2. Die Zeugen aus den Kreisen der werktätigen Bevölkerung, die sämtlich schwer bekräftigt waren, wurden sämtlich nicht zu verurteilen zugelassen.
3. Jene, die schwer bekräftigte Aussagen machen konnten, sind gar nicht herangezogen worden.
4. Der Schweißfabrikant Gschärdt, der auf Ersuchen des Verteidigers herangezogen worden. Er gab ein Gutachten ab, das mit dem meiste zum Preispruch beigetragen hat.
5. Die Anklage lautete auf Totschlag, was nach dem vorbandenen Material gar nicht beziehen werden konnte. Die Anklage auf Mord ist trotz schwerer Beweismomente gar nicht erhoben worden.

Weiter stellt die Freiheit noch fest: Der Vorbestenbedürftige sämtliche Entlastungszeugen, darunter einige, die der Mordtat selbst verdächtig waren, vor der Aussage. Er stellte an die Entlastungszeugen Suggestivfragen und beeinflusste dadurch ihre Aussagen. Wenn von Entlastungszeugen Aussagen gegen die Mörder gemacht wurden, legten sich die Angeklagten auf sie an. Die Zeugen, die ihre Aussagen übernehmend, werden vom Vorbesten annehmen: „Sie hätten doch, daß Sie sich nicht an dem Mord beteiligt haben, das hienaußersich Protokoll der Führersprechung, in der Kapitän Gschärdt sagte: „Es muß der Schein des Rechts gewahrt werden. Rufe wie Viehstich und Argwohn dürfen nicht wieder vorkommen.“ Der Vorbesten lehnte die Ladung dieser Zeugen ab. Professor Gschärdt hat Briefe erhalten, in denen er gebeten wird, für die Angeklagten im Prozeß einzugreifen und auszusagen, da es darauf ankomme, „wegen die Art verurteilt zusammenzuhalten“. Aber der Zeuge darf sich darüber nicht äußern, einfach, weil es nach Meinung des Vorbesten „nicht zu tun“ ist.

Diese wenigen Tatsachen mögen genügen. Sie beweisen, daß die Anwerdungsbüro der Militärkommission in Warburg sich in ihrer höchsten Kraft offenbart hat. Ein hinfälliger Mord ist als ein Verbrechen verurteilt, die Mörder durch sogenannte Justiz beschützt, weil ihre blutige Tat den Interessen der Regenerelation entspricht. Gegen diese Schande muß die Arbeiterfront auf breiter Front zum Protest antreten. Und sie darf, in ihrem Kampfe nicht eher erlassen, als bis die Militärjustiz bestraft und der deutsche Militarismus, das schlimmste Gebilde der Welt, aus seinen letzten Schlupfwinkeln vertrieben ist.

Noch ein nationalistischer Gemütsmenschen.

Zu der Oberflächlichen Zeitung schreibt der Universitätsprofessor Mach (Warburg, Hessen): „Die Prozeßhandlungen gegen unser tapferes Warburger Studentenkorps sind eben zu Ende. Sie haben, wie anders kein Fernsichtiger hier erwartet, mit dem mit bedingungsloser Freisprechung. Die Sache ist damit aber nicht zu Ende. Denn haben unsere Studenten das Wort. Anders liegt dies für die Warburger Universitätslehrer. Die teils unmittelbar nach den Thüringer Vorgängen, teils wenig später, ebenfalls bevor ihren amtliche Befestigungen bekannt waren, getriggt auf privaten Briefen und mündlichen

Deutscher Eisenbahner-Verband,
Ortsgruppe Halle (Saale).
Sonnabend, 26. Juni, abends 7 Uhr,
im Volkspark, Burgstraße 97:
Öffentl. Eisenbahner-Versammlung
Tagesordnung:
Die Eisenbahner vor und nach der Revolution.
Referent: Kollege Bellschmidt.
Freie Aussprache.
Eisenbahner! Erscheint in Massen! Alle Eisenbahner, Beamte und Arbeiter sind zu dieser wichtigen Versammlung freundlichst eingeladen.
1890 Die Ortsverwaltung.

Eilenburg.
Montag, den 28. Juni, nachm. 1/6 Uhr,
im Schützenhaus:

Protestversammlung
gegen den Steuerabzug.
Zahlreichen Besuch erwarten.
Die Parteileitung der N.S.P.D.
Das Gewerkschaftskartell.

Thümlers Restaurant, Jakobstrasse 23.
Sonntag, den 27. Juni.
Unterhaltung v. Becker-Fischer-Duo
Hierzu ladet ergebenst ein **Rud. Thümler.**

Stammtisch „Fidele Brüder“.
Sonntag, den 27. Juni, von nachm. 3 Uhr an
in den „Trothaer Ballsälen“
Gr. Wohltätigkeitshalle
Hierzu ist jedermann herzlich willkommen.
Der Vorstand.

Ein billiges Korsett
nach Mass
fertigen wir aus jed. zugegebenen Stoff oder Waschstück.
— Garantiert bester Sitz. —
Fertige Korsetts
besonders billig.
Werkstätten mod. Maskorsetts
Toska Gunkel,
nur 16 Markt 16,
neben der Hirsch-Apothek.
— Filialen in vielen Großstädten. —

Wagenfette, Haf- u. Lederfette
— in besten Qualitäten. —
Maß & Co.,
Verkaufsstelle für techn. Öle, Fette u. verw. Produkte
Halle a. d. S., Herrenstr. 25.

Spül-Apparate
und 1468
Spülmittel
Preisliste gratis.
C. Klappenbach,
Gr. Ulrichstr. 61.

Dauerwäsche
bedeutend billiger
Dauerwäsche-Vertrieb,
Kl. Berlin 2^{te}, Eng. Sternstr.
1845

Urinuntersuchungen!
Stimmen Sie zu mir zur Untersuchung und bringen Sie eine Stalotte ihres

Wergourins
mit und ich sage, was und wo es Ihnen fehlt und wie Sie durch Homöopathie und Naturheilkunde wieder gesund werden können.
Erscheinungen in Heiltsch. Berberplan 3.
Dienstag, vorm. von 8-12 und nachm. von 3-7 Uhr.
*37
Paul Bohn, Heilkundiger.

Ob- und Gehirnhirnen!
Ein Buch für Braut- und Eheleute von Prof. Dr. med. E. Ribbing. Die Ehe u. ihre gefundeneren Vorbedingungen des Geschlechtslebens in der Ehe. Das Eheleben der Frau als Mutter. Ehe und andere wichtige Fragen behandelt das Buch allgemein verständlich, reichhaltig offen, lakonisch u. m. d. Preis Mk 5.—, Nachm. 50 Pf.
mehr durch Nordia, Versandhaus, Ad. 16, Berlin N. 39.

Wir suchen
5-6 Waggons
Gusseisen

und zahlen deshalb 8 Tage folgende Preise:
Maschinenguß kg 60 Pf., Schmiedeeisen kg 20 Pf.,
Stenguß kg 20 Pf.
Papierabfälle 100 20 Pf. | Strumpfwolle, 100 400 Mk.
Fäden 100 40 Pf. | Lumpen 100 40 Pf.
Gebündelte Zeitungen, 100 80 Pf.
Richtsortierte Waren zu Tagespreisen.

Theuring & Ackermann,
Große Brunnenstraße 60/61, Triffstraße 24.
Telephon 4368.

Herrenhüte
Modernisieren, Reinigen, Reparieren, Färben.
Solide Preise
Zauberhaft billigste

Fachmännische Bedienung!!
C. G. Nicolai,
Inh.: Eugen Gibbs,
Halle (Saale), Leipziger Str. 13.
— Fernruf 4612. —

Jahrgang 4 Soeben erschien Heft 3
DAS FORUM
Herausgegeben von Wilhelm Herweg
DAS FORUM IST DAS ORGAN DER AVANTGARDE DES REVOLUTIONÄREN SOZIALISMUS
Preis des Heftes, Mark 4.—
Erschienen in allen Buchhandlungen.
Gustav Kiefner Verlag, Potsdam

Arzneikräuter,
Namen, Vorkommen usw. 1874
samst zu höchsten Preisen
Karl E. Jung, Halle, Magdeburger Str. 3.

Kernseife
Watson
Postversand
21 Doppelriegel
4 450 Gramm
Mk. 220,—
franko Nachnahme.
Braun & Schmidt,
Halle,
Boppstr. 66 :: Tel. 3182

Verlobungs-Ringe
1877 in Silber, Doublet, Gold
alle Größ. u. Breit. vorrät.
K. Schindler, Uhrmachermeister
Kleine Ulrichstr. 35.

Bettmässen
wird sofort besorgt.
Jedermann erhält kostentl. Auskunft nach Angabe v. Alter u. Geschlecht. (*288 Dr. med. Th. Eisenbach, München, Schwandlstr. 43 A. 80.)

Maß-Schäfte
Sofort lieferbar.
Sohlleder-Ausschnitt
zu kaufen, liegt in Ihrem Interieur. 1467
— Tagespreis. —

F. Noth, Schaffelabrik.
Seisenstr. 16.
Eingang Gr. Sandberg.

Reparaturen
an 496
: Uhren :
übern. bei toller Ausf. für zu normalen Preisen.
H. Lerner, Uhrmacher,
Große Steinstraße 85
gegenüber Carlstraße.

Hausierer u. Wiederverkäufer
1872
sehr günstig bei
S. Biletzky,
Halle, Leipziger Str. 103.1.
Hendenteuche, Bettzeug, Barchent, Dirndlstoff, Inlette usw.

Sie sparen Geld
wenn Sie uns, hyg. Brosch. lesen u. schützen sich.
Verandhaus Holius,
Braunschweig L. A. 4.

„Juna“
von
Paul Schwärcke,
341 Hottstedt.

Hemdentuche
prima Qualität
80 cm. breit
RM. 15.50 15.50
Ruhland,
33 Leipzigerstraße : 33
2 Treppen.

Sachverständl. Veru für Halle u. Saalkreis U.S.P.
Am 24. Juni verstarb unser Parteigenosse, der Arbeiter

Fritz Stierwald
im 28. Lebensjahre.
Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.
Der Vorstand.
Das Begräbnis findet Montag früh 10 Uhr auf dem Friedhof statt. 1889

Veru der Fabrikarbeiter
Nachruf.
Am 24. Juni verschied nach langem Krankenlager unser treues und aufreches Mitglied, der Kollege
1887

Fritz Stierwald
im noch jungen Alter von 28 Jahren.
Wir werden sein Andenken in Ehren halten.
Die Beerdigung findet am Montag, d. 28. Juni, früh 10 Uhr, auf dem Friedhof statt.
Die Ortsverwaltung.

Zelte.
1871
100 200 qm groß, zu Festlichkeiten zu verleben.
W. Heinke,
Hardenbergstr. 20.

Bei meiner Rückkehr aus der Haft wurden mir, vor allem bei der gefrigen Begrüßungsfeier viele freundliche und liebe Worte gesagt und eine Fülle prächtiger Blumen geschenkt. Außerdem sind mir aus den Reihen der Genossen von Rah und Fern herzliche Willkommengrüße guttelt geworden. Diese Ehrungen haben meinem Herzen wohlgetan. Es ist mir Dergedenbedürfnis, allen Beteiligten innigsten Dank zu sagen.
Halle (Saale), 25. Juni 1920.
Otto Kilian.

Paul Schäfers Gärtnerei, Döllnitz,
empfiehlt bei Sommerfesten
Blumen zur Verlosung
in bekannter Güte. *856
Schuttbladen frei
am Reibeburger Wea. *889
neuer Lagerplatz von Carl Ringesleben. 1878

Kl. Grundstück,
In der Nähe von Halle, mit etwas Gartenland, zu kaufen gesucht.
Offerten an H. E. Faust, Halle a. S., Liebenauer Str. 8.

Fett-Heringe
kleine hochreife, belkate, ca 80 70 Stück, 29,75 27.11.
Rollmopse ff. gewürzt
ca. 85 Stück 36,50 Mk.
30 Stück extra gr. 29 Mk.
verleitet in Postfässern franko per Nachnahme.
Suche ein großes in gr. Sonnen

Heringshauss Hansa,
Halle C 25,
Dresdenerstraße 42.
Am 23. 6. 20 geg. 2 Uhr
Gehr. Federbetten verkauft. Mozartstr. 1. 11. 1891
Mode-Zeitungen
empfehlen die Volksbeholdung.
1886 Gut in ein. Pagen d. Schafers-Eine 9 Halle in einem Rahmen lieg. gelb. Bildg. Reichardtstr. 30 pt.

Gold. Damenuhr
mit Kette vom Stroben-berthelmer die Handschuh angenehmem und am Reibeburger Wea wieder verloren. 1877
Bauschule in Odenburg. Meister- und Polierkurse. Eintritt: Aug. Okt. u. Jan. Ausfahrt: Progr. 2 Mk. *102

Lehrmeister-Bücherei.
Eine Sammlung praktischer Vorträge für alle möglichen Berufsstände des täglichen Lebens.
Preis pro Nummer 90 Pf. (10 Pf. Porto).
Aus dem reichen Inhalt sei nur einiges erwähnt:
Für Garten- und Obstzucht und Gartenbau.
Für Hauswirtschaft, Säen- und Stichtung.
Für den praktischen Haushalt. Einwas 45 Nummern.
Für Kleinfriedrich, Säen- und Stichtung. Einwa 50 Nummern.
Für den praktischen Haushalt. Einwas 45 Nummern.
Für Kleinfriedrich- und Eingabelfest. Einwa 40 Nummern.
Für gelichte Vorwärtsstrebende. Einwa 60 Nummern.
Für Faust und Epfel. Einwa 80 Nummern.
Für praktische häusliche Geschäftigkeit und Wirtschaft. Einwa 80 Nummern.
Für Jagd, Gunde u. Musik. Einwa 20 Nummern.
Bei Bedarf verlange man Schriften-Verzeichnisse gratis.

Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung,
Halle a. d. S., Sars 42/44.

Arbeitsmarkt

Zimmerleute
stellt sofort ein *849

Richard Meise, Bangeschäft, Löbejün.

Ich suche
Verloren, welche sich einen hübschen Verdienst oder Nebenverdienst schaffen wollen. Bitte leicht verständlich. Dir. Nr. 6, 62 polierend, Bekämt 2.
Aufwartung
aus Südwesten gesucht.
Bernhardystr. 13, H.
Biolin, Klavier, Mandolin u. Gitarre-Unterricht erteilt
1. Aug. May, Forth. 10.

Familien-Nachrichten.

Frieling abend 6 Uhr, verheiratet nach langem, schwerem Weiden unter heiligeliche, unvergessliche, treuernde Mutter, Großmutter, Tante, Frau veru.

Friederich Pfeiffer geg. Kählhorn
im Alter von 72 Jahren, gebürtig zu Köpfern, wohnhaft zu Halle (Saale), Mörthkirchstr. 11.
Sein tiefsten Cammer:
Die trauernden Hinterbliebenen.
Ermalige Frauenden Mörthkirchhof 11 abzugeben. Beerdigung findet Dienstag, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Südlichehofes aus statt. 1898